

DEMONSTRATION

**S'OPPOSER LE RACISME
COMBATTRE LE FACISME
ANNULER VERFASSUNGSSCHUTZ**

**PRZECIW RASIZMOWI
ZWALCZAJMY FASYZM
ZLIKWIDOWAC VERFASSUNGSSCHUTZ**

**RASSISMUS ENTGEGENTRETEN
FASCHISMUS BEKÄMPFEN
VERFASSUNGSSCHUTZ AUFLÖSEN**

**RESIST RACISM
FIGHT FASCISM
DISSOLVE VERFASSUNGSSCHUTZ**

**OPONERSE AL RACISMO
LUCHAR CONTRA EL FASCISMO
DISOLVER EL VERFASSUNGSSCHUTZ**

مواجهة الاعداء
مكافحة الفاشية
الغاء شعبة حماية الدستور / المخابرات

**БОРЬБЕ ПРОТИВ РАСИЗМА
БОРЬБЕ ПРОТИВ ФАШИЗМА
ДОКОНЧИТЬ VERFASSUNGSSCHUTZ**

**IRKÇILIĞA KARŞI KOYALIM
FAŞIZMLE SAVAŞALIM**

**ANAYASA İSTİHVARATINI KALDIRALIM
ДА СЕ ПРОТИВОПОСТАВИМ НА РАСИЗМА
ДА ПОБЕДИМ ФАШИЗМА**

ПРЕМАХВАНЕ НА VERFASSUNGSSCHUTZ

**ΑΝΤΙΣΤΕΚΟΜΑΣΤΕ ΣΤΟ ΡΑΤΣΙΣΜΟ
ΚΑΤΑΠΟΛΕΜΑΜΕ ΤΟΝ ΦΑΣΙΣΜΟ**

ΔΙΑΛΥΣΗ ΤΟΥ VERFASSUNGSSCHUTZ

**SUPROTSTAVLJATI SE RASISMUSU!
BORITI SE PROTIV FASIZAM!
RESENJE VERFASSUNGSSCHUTZ!**

NOVEMBER 2011

Am 5. November 2011 wurde die bundesdeutsche Öffentlichkeit über das unfassbare Treiben eines „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) informiert. Diese Gruppe zog 13 Jahre lang, und von den Behörden angeblich unbemerkt, mordend und bombenwerfend durch die Republik und tötete 10 Menschen. Dutzende weiterer Menschen wurden durch ein Nagelbomben-Attentat verletzt. Bei den Opfern handelte es sich überwiegend um Menschen türkischer Herkunft. Unter den Opfern befand sich auch der in Hamburg-Bahrenfeld ansässige Kaufmann Süleyman Tasköprü, der am 27.06.2001 kaltblütig ermordet wurde.

DEM FOLGTE EINE WELLE DER EMPÖRUNG – UND DAS NICHT OHNE GRUND:

Die Sicherheitsbehörden machten die Opfer des Nazi-Terrors selbst für ihren Tod verantwortlich, denn die Ermittlungen schlossen einen rassistischen Hintergrund aus und wurden in Richtung angeblicher krimineller Aktivitäten geführt. Die Medien nahmen dieses mit Bezeichnungen wie u.a. „Döner-Morde“ auf und betei-

**3.11.2012, 12H
HAMBURG
STEINDAMM/LINDENSTRASSE
(U-BAHN LOHMÜHLENSTR.)**

ligten sich damit an der Diffamierung der Opfer als Kriminelle. Die Mitglieder des NSU kamen aus der Nazi-Kameradschaft „Thüringer Heimatschutz“ und waren eng verstrickt mit der NPD, deren Jugendorganisation und dem verbotenen Musiknetzwerk „Blood and Honour“. Mit ihnen im Kontakt waren auch V-Leute des Verfassungsschutzes, so z.B. der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Tino Brandt, der durch den Thüringer Verfassungsschutz geführt wurde. Nach eigenen Angaben erhielt er 200.000 DM, die er in den Aufbau der NPD in Thüringen steckte.

LÜCKENLOSE AUFKLÄRUNG?

Die auf Bundesebene sowie in einigen Bundesländern eingerichteten parlamentarischen Untersuchungsausschüsse wurden in ihrer Arbeit behindert. Ausschussmitglied Wolfgang Bosbach (CDU): „Wer etwas weiß, kommt nicht; wer kommt weiß nichts; und wer etwas weiß und kommt, sagt nichts“. Akten wurden geschreddert, Informationen zurückgehalten oder erst auf Druck veröffentlicht, Aussagegenehmigungen durch zuständige Ministerien verweigert. Viele Informationen kamen erst durch die Medien an die Öffentlichkeit.

In deren Folge traten der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz und die Präsidenten der Landesämter aus Sachsen und Sachsen-Anhalt zurück, der Präsident des thüringischen Landesamtes wurde in den Ruhestand versetzt. Auch in Hessen, Niedersachsen und Bayern gab es scharfe Kritik an den Landesämtern.

„RASSISMUS IN DER MITTE DER GESELLSCHAFT“

Rassistische Einstellungen haben in der Bundesrepublik Kontinuität. Das Beispiel Thilo Sarrazin bedeutet hier nur die Spitze des Eisbergs. Theorien der Ungleichheit werden alltagstauglich gemacht, insbesondere durch die Medien. Darüber hinaus wird die „Mitte der Gesellschaft“ vom Handeln staatlicher Stellen beeinflusst. Wer Menschen, wie z.B. Flüchtlinge, in verschiedene Kategorien unterteilt, ihnen je nach Herkunft und Aufenthaltsstatus Menschen- und Bürgerrechte beschneidet

oder vorenthält, der verschafft RassistInnen und FaschistInnen die Legitimation für ihr Handeln.

VERHÄRMLOSUNG DES NEO-FASCHISMUS HAT TRADITION

Bis November 2011 verneinte der Verfassungsschutz die mögliche Existenz von terroristischen Nazi-Strukturen. Seit Anfang der 1990er Jahre kamen mehr als 180 Menschen aufgrund faschistischer Gewalt um. Sie wurden stets als Opfer von EinzeltäterInnen betrachtet. Die Verharmlosung rassistischer Gewalt hat historische Gründe.

Der Verfassungsschutz wurde 1950 im Zuge des Kalten Krieges zwischen Ost und West als antikommunistischer Inlandsgeheimdienst gegründet. Für diese Aufgabe wurden viele erklärte AntikommunistInnen rekrutiert: ehemalige Nazis.

Die zu diesem Zeitpunkt reaktivierte Totalitarismustheorie, die Gleichsetzung von Sozialismus und Faschismus, hat ihre innenpolitische Entsprechung in der Gleichsetzung von sog. Links- und Rechtsextremismus. In der Konsequenz also auch die Gleichsetzung von Nazis und ihren erklärten GegnerInnen. Aufgrund der personellen Kontinuität und des Klimas des Kalten Krieges waren tatsächlich aber immer nur Linke, oder solche, die man dafür hielt, im Fokus.

GEHEIMDIENST BEHINDERT ZIVILGESELLSCHAFT

Mit der Veröffentlichung seiner Berichte entscheidet der Verfassungsschutz faktisch über die Verfassungsmäßigkeit von Organisationen mit folgenschweren Konsequenzen, obwohl dies verfassungsrechtlich nur dem Bundesverfassungsgericht zusteht. Von An- bzw. Aberkennung der Gemeinnützigkeit bis zur möglichen Inanspruchnahme von Mitteln aus öffentlich geförderten Programmen werden Initiativen, Vereine und Verbände durch diese Anmaßung des Geheimdienstes existentiell von diesem abhängig.

UNSER ZIEL...

...ist eine solidarische Gesellschaft, in der Platz für alle Menschen ist, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion, Welt-

anschauung, sozialem Status oder Behinderungen. Wir stellen uns gegen rassistische Erklärungsmuster oder Ausgrenzungen, die gesellschaftlichen Konkurrenzverhältnissen entspringen. In diesem Sinne sind alle Menschen aufgefordert, sich aktiv einzumischen für eine soziale Umgestaltung und Demokratisierung der Gesellschaft, um den FaschistInnen den Nährboden zu entziehen. Unsere Solidarität gilt den Betroffenen rassistischer Gewalt, insbesondere den von dem NSU Ermordeten und ihren Angehörigen.

...VERFASSUNGSSCHUTZ ABSCHAFFEN

Wir stellen die Institution Verfassungsschutz nicht nur in Frage, sondern fordern deren Abschaffung, denn sie ist Teil des Problems. Der Geheimdienst untergräbt mit seinen grundrechtsgefährdenden und unkontrollierbaren Instrumentarien die Demokratie. Er musste als Frühwarnsystem kläglich scheitern, hat den Neofaschismus nicht nur kleingeredet, sondern die Nazi-Szene personell und finanziell unterstützt.

Alte und neue Nazis wollen eine Diktatur auf völkischer Grundlage errichten. Sie handeln entsprechend und gehen auch mit Gewalt gegen alle Menschen vor, die nicht in ihr Weltbild passen. Diese Gefahr zu benennen und Handlungskonzepte zu entwickeln muss Aufgabe der Zivilgesellschaft unter Einbeziehung von Wissenschaft und antifaschistischer Praxis sein.

DARÜBER HINAUS FORDERN WIR:

- Die vollständige Auflösung der NPD und aller faschistischen Organisationen
- Lückenlose Aufklärung der Mordserie des NSU und der staatlichen Verstrickungen, ohne Rücksicht auf Geheimhaltungspflichten. Sofortige Abschaltung aller V-Leute
- Gegen jegliche Ausgrenzung und Diskriminierung – gleiche Rechte für alle Menschen
- Stärkung antifaschistischer, antirassistischer Initiativen und zivilgesellschaftlichen Engagements

ES RUFEN AUF:

AG Antifa der LINKEN; Antifaschistisches Bündnis Bergedorf; Assoziation Dämmerung; AStA Uni Hamburg; Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e.V.; Avanti – Projekt undogmatische Linke; Bündnis gegen Rechts Neumünster; DIE LINKE Landesverband Hamburg; DKP Hamburg; Fachschaftsrat Soziale Arbeit der HAW Hamburg; Flüchtlingsrat Hamburg e.V.; Freak Out Connection (FOC); Freundeskreis im Gedenken an den rassistischen Brandanschlag von Mölln 1992; FSR Ethnologie der Uni Hamburg; Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.; Institut für Migrations- und Rassismusforschung e.V.; ISL (internationale sozialistische Linke); Kampagne „Zusammen handeln“; Kuratorium „Gedenkstätte Ernst Thälmann“ e.V.; Linksjugend [solid] Hamburg; NaturFreunde LV Hamburg; Noya Hamburg; Praxis Frauenärztinnen Bahrenfelderstraße; Psychosoziale Arbeit mit Verfolgten e.V.; Referat für internationale Solidarität im AStA der Uni Hamburg (RIS); Regenbogen / Alternative Linke (Hochschulgruppe an der Universität Hamburg); SAV Hamburg; SCHURA - Rat der Islamischen Gemeinschaften in Hamburg e.V.; SDAJ Hamburg; SDS Uni Hamburg; Soziales Zentrum Norderstedt; Stadtteilkollektiv Rotes Winterhude; Studierendenparlament der Universität Hamburg; VVN-BdA Landesverband Hamburg; W3 - Werkstatt für internationale Kultur und Politik e.V.

DIE DEMONSTRATION WIRD UNTERSTÜTZT VON:

Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AG/R); anti-atom-büro Hamburg; Arbeitsgemeinschaft Neuengamme e.V.; AStA HAW Hamburg; Autonome und Antifaschistische Gruppen Hamburg; Buchhandlung im Schanzenviertel; DIDF Hamburg (Föderation demokratischer Arbeitervereine); DIE LINKE Stadtteilgruppe St. Georg; Einwohnerverein St. Georg von 1987 e.V.; Geschichtswerkstatt St. Georg e.V.; Projekt Revolutionäre Perspektive; Türkische Gemeinde Hamburg und Umgebung e.V.; Zinnschmelze Kulturzentrum



www.keine-stimme-den-nazis.org